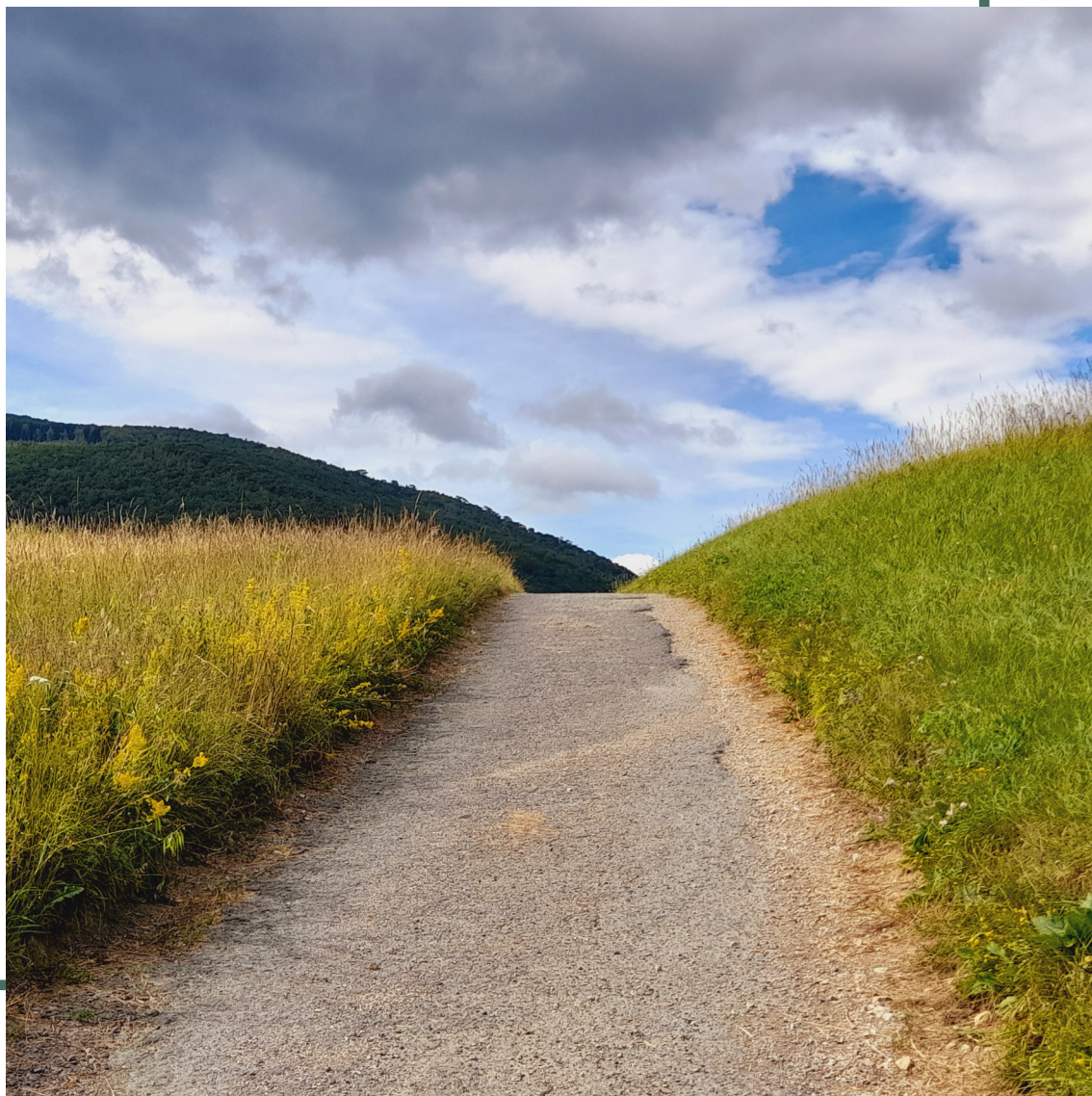


Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



FLORIAN KUNTNER-PREIS | DUAL-USE & KILLER ROBOTS | VERSÖHNUNG

Nummer 2 | Juli 2024, € 3,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Nachdem ich hier alle Artikel und Beiträge zusammengetragen habe, fühle ich mich ein bisschen, als hätte ich Blumen mitten in der Wüste gefunden.

Dieses Spinnrad zeigt, dass es nicht nur Ideen des guten Zusammenlebens, der Regulierung von Waffen, der Forschung für den Frieden und der gelebten Versöhnung gibt, sondern auch Praktikerinnen und Praktiker, die nicht auf Änderungen in der Welt warten, sondern durch ihren Einsatz Realität schaffen und verändern.

Es ist ein kleiner Auszug dessen, was passiert und ein bisschen auch ein Brückenschlag zwischen dem, was ganz persönlich und nahe bei jeder/jedem einzelnen liegt, und der Ferne bzw. der ganz großen politischen Bühne, verschiedene Welten, die eigentlich gar nicht weit auseinander liegen.

Zu guter Letzt ist es auch eine Einstimmung auf unsere Tagung „Gewaltfrei auf dem Weg. Aus multiplen Krisen zu nachhaltigem Frieden“ die von 15.-17. November in St. Pölten stattfindet. Wir freuen uns bereits, dort mit euch weitere Blumen der Gewaltfreiheit zu entdecken!

Lucia Hämmerle (für das Redaktionsteam)

>>> [<<<](http://www.versoehnungsbund.at/tagung2024)



jetzt mitmachen

**REFUSEWAR - DEINE STIMME FÜR
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG!**

Die Kampagne #RefuseWar bietet die Möglichkeit sich gegen Kriegsdienst im eigenen Land einzusetzen oder Solidarität mit Verweigerer:innen weltweit zu zeigen. Auf einer interaktiven Landkarte können eigene Statements gepostet oder die Nachrichten anderer gelesen werden.

>>> [<<<](https://refusewar.org)

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Inhalt

02 | Editorial, Impressum, Offenlegung

03 | Ein Leuchtturmprojekt des Friedens

von Irmgard Ehrenberger

04 | 2024 – Eine Festrede gegen Krieg und Zerstörung, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

von Klaus Heidegger

07 | Musalaha bedeutet Versöhnung

von Andreas Paul

10 | Forschungsförderung für zivil-militärischen Dual-use droht in Europa

von Wolfgang Liebert

13 | „Humanity at the Crossroads“. Autonome Waffensysteme und ein Versuch sie zu regulieren

von Fabian Hämmerle

15 | Jo & Pat: Von Ideen und gelebter Praxis der Versöhnung

von Paul Bertram

18 | Papiere vor Panzer? – Oder: warum Texte dem Frieden dienen können

von Thomas Nauerth

19 | Aus unserer Leseliste

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

Titelbild: Thomas Roithner

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 12

▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)

▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250

▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Gunskirchen BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

Ein Leuchtturmprojekt des Friedens

Von Irmgard Ehrenberger



Ehrung der Preisträger:innen des Florian Kuntner Preises 2024

Wir freuen uns sehr, dass unser Projekt Internationale Friedenspräsenz zum Schutz lokaler Land-, Umwelt- und Friedensinitiativen im Nordwesten von Antioquia/Kolumbien, das wir gemeinsam mit Horizont 3000 durchführen, mit dem diesjährigen Florian Kuntner-Preis in der Kategorie Frieden-Gerechtigkeit-Versöhnung ausgezeichnet wurde.

Der Preis wird alle zwei Jahre von der Diözesankommission für Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit vergeben. Neben den Kategorien „Weltkirchliche Partnerschaft“ und „Bildungsarbeit für eine Welt“ wurde „Vor dem Hintergrund der an vielen Orten der Welt kriegerisch ausgetragenen Konflikte und dem damit verbundenen unsäglichen Leid“ bewusst diesmal als dritte Preiskategorie das Thema gewaltfreie Friedensarbeit gewählt, so Christian Zettl, Vorsitzender der Diözesankommission.

Weihbischof Florian Kuntner, der vor 30 Jahren im 62. Lebensjahr an einer Tropenkrankheit, die er sich auf einer Afrikareise zugezogen hatte, verstarb, war wegen seines Einsatzes für Gerechtigkeit, Frie-

den, Solidarität und Humanität über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt. Er war Präsident von Iustitia et Pax und der österreichischen Sektion von Pax Christi. Als Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke und Vorsitzender der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission setzte er sich für Entwicklungszusammenarbeit im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils ein.

Die Preisverleihung fand am 12. April 2024 statt, als Projektkoordinatorin durfte ich den Preis im Namen des Versöhnungsbundes entgegennehmen.

Besonders bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei unserer Friedensfachkraft Michaela Söllinger, die seit Jahren unermüdlich vor Ort unsere Partnergemeinden begleitet.

Einen kleinen Teil des Preisgeldes haben wir für den die Reisekosten von Yudis Alba Arteaga und José Roviro López Rivera, Vertreter:innen der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó, verwendet, die im Rahmen einer Europatour im Mai auch in Wien waren. Ange-

sichts der Bedrohungslage war die Tour besonders wichtig für die Sicherheit und Sichtbarkeit der Friedensgemeinschaft. In Wien gab es verschiedene politische Termine, Austauschtreffen mit Horizont 3000 und dem Pastoralamt Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit sowie ein sehr gut besuchtes Treffen mit Interessierten im Versöhnungsbund-Büro.

Das Preisgeld werden wir für eine zeitweilige personelle Unterstützung für Michaela bei der Begleitung unserer Partnergemeinschaften, der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó und dem Interethnischen Rundtisch von Blanquita Murri, verwenden. Denn angesichts der starken paramilitärischen Vorherrschaft wird die Unterstützungsarbeit immer herausfordernder. Wir bedanken uns herzlich bei der Diözesankommission für Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit für die Wertschätzung unserer Arbeit in Kolumbien!

Besuch aus Kolumbien



Friedensfachkraft Michaela Söllinger begleitete im Mai Yudis Alba Arteaga und Roviro López Rivera, Mitglieder der Friedensgemeinschaft, auf ihrer Reise nach Wien.

Das Bild zeigt sie bei einem Treffen mit Erwin Eder, Direktor von Horizont 3000.





2024 – Eine Festrede gegen Krieg und Zerstörung, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Festrede zur Verleihung des Florian Kuntner-Preises am 12.4.2024 in Wien

Von Klaus Heidegger

Sehr geehrte Festgäste!

Ein- und Ausblicke
vom Zuckerhütl

Ich möchte Sie zunächst einladen, mit mir auf einen Berg zu steigen. Dort war ich am Samstag mittags vergangener Woche. Das Zuckerhütl. Nicht irgendein Berg. Der höchste in den Stubaier Alpen. Eine imponierende und sehr steile Eis-Fels-Gestalt. Rund um das Gipfelkreuz war der Schnee rötlich braun – jene sandbraune Farbe, die man auch am Gletscher darunter sehen konnte. Es war Sahara-Staub, den die südwestlichen Höhenströmungen immer wieder in die Alpen bringen. Ich war in Tirol; ich war auf 3505 Metern; mit meinen Gedanken war ich zugleich in jenen Ländern, aus denen dieser feine Sand kam, der über Libyen wehte, über das Mittelmeer, über den Apennin, und der Sand überzog in diesen Frühlingstagen die Landschaften

Europas. Ich dachte inmitten von Schnee und Eis und Felsen an die Sahara: an die zunehmende Desertifikation, das Ausbreiten der Wüste aufgrund des Klimawandels.

Fernblick in die Sahelzone

Und da könnten wir jetzt, hier am Stephansplatz in Wien, in dieser feierlichen Stunde nachdenken und reden über die Kriege südlich der Sahara, in Mali, in Niger, im Tschad. Weit mehr werden dort Menschen in bewaffneten Auseinandersetzungen täglich getötet als in der Ukraine heute, weit mehr selbst als im Gaza-Streifen. Aber wir denken darüber zu wenig nach und wir reden auch nicht darüber, über die Länder, aus denen der Sahara-Staub zu uns kommt. Aus Mali. Ein Land mit einer Militärregierung, ein Land, das fossile Energie für Europa liefert. Aus Liberia. Ein Land mit einer Militärregierung. Aus dem Tschad. Ein Land mit einer Militärregierung. Aus Niger. Ein Land mit ei-

ner Militärregierung. Aus Burkina Faso. Ein Land mit einer Militärregierung. Länder, die einen großen Teil ihrer nationalen Budgets für Waffen ausgeben, die von Europa und Russland geliefert werden.

Ressourcenfluch

Der Saharastaub kommt nur an bestimmten Tagen nach Europa, täglich aber kommen die Rohstoffe aus der Sahelzone: das Öl für die heimischen Maschinen und Motoren, das Uran für die Atomkraftwerke in Europa, bestimmte Lebensmittel, die entlang des Äquators besonders gedeihen und wachsen, wofür an der Elfenbeinküste die Regenwälder abgeholzt werden und das Wasser für Lebensmittel fehlt, die die Bevölkerung vor Ort so dringend bräuchte, um nicht hungern zu müssen.

Im Sahel leben mehr als 300 Millionen Menschen. 80 Prozent der Menschen in der Sahelzone leben von weniger als zwei Dollar pro Tag.



Das Bier, das ich im Anschluss an die Skitour auf der Hütte trinken werde, wird mehr als das Doppelte kosten.

Verstrickt in ambivalente Seinswirklichkeiten

Von außen blicke ich auf diesen Planeten und bin doch gleich mitdrin. Von außen blicke ich nach Afrika, den ganz großen Kontinent, blicke ich hinüber nach Lateinamerika, nach Asien, und auch auf uns, die wir hier in Wien, in Österreich, in Europa leben und handeln. Ich blicke auf Kontinente voll Reichtum und voll von Verarmung, voll von Ressourcen, um die Kriege geführt werden, voll wunderbarer Landschaften und voll von Zerstörungen. Ermutigt mich dieser Blick mit Blick auf die Gegenwart und auf das, was uns die Wissenschaft voraussagt? Nein, so muss ich gestehen! Ich habe Angst um diese Welt. Drei Themenbereiche möchte ich nennen, die doch zugleich alle drei zutiefst in Interaktion und Interdependenz miteinander stehen – was Gefahr und zugleich Chance ist.

Das erste Thema: Klima, Erderhitzung und die Zerstörung der Lebensgrundlagen

Am 7. April 2024 war der Earth-Overshoot-Day, also vor weniger als einer Woche war in Österreich der Tag erreicht, an dem der menschliche Rohstoffverbrauch hierzulande nicht mehr durch die Bildung neuer Ressourcen gedeckt werden kann – das heißt, wir leben seit einer Woche auf Kosten nachfolgender Generationen. Ein alarmierendes Zeichen dafür, dass wir unseren Planeten übernutzen und dringend Maßnahmen ergreifen müssen, um unseren ökologischen Fußabdruck zu verringern.

Einmal mehr steht in einem der jüngsten IPCC-Berichte, dass der Klimawandel eine Bedrohung für das menschliche Wohlergehen und die planetare Gesundheit sei. Das

Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung, das sind 3,6 Milliarden Menschen, leben laut Weltklimarat in Regionen, die besonders vom Klimawandel betroffen sein werden.

Es ist ermutigend, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in dieser Woche festlegte, dass die Menschen ein Grundrecht darauf hätten, dass ihre Regierungen sie vor den Folgen des Klimawandels schützen müssten. Die Pflicht der Staaten für einen effektiven Klimaschutz ist also einklagbar.

Thema Migration, Festung Europa oder Asylrechte

Auch in den vergangenen Wochen wieder hörten und lasen wir von Flüchtlingsbooten, die im Mittelmeer kenterten, von verzweifelten Menschen, die täglich in den Gewässern vor dem europäischen Haus qualvoll ertrinken.

Da gibt es aber auch NGOs, die versuchen die Ertrinkenden zu retten, und sie werden dann als Fluchthelfer diffamiert, wenn sie nur das tun, was jedes Gesetz dieser Welt festschreibt: Menschen in Seenot zu retten.

Thema Krieg und Frieden

Weltweit steigen die Rüstungsausgaben besonders in den letzten Jahren dramatisch an. Auch in den verarmten Ländern des Südens. Europäische Länder, Staaten der EU, machen gigantische Geschäfte mit kriegsführenden Staaten in Afrika, liefern Klein- und Leichtwaffen, die für die meisten Todesopfer verantwortlich sind.

In der EU wurde der sogenannte „Strategische Kompass“ beschlossen. Bis zum Jahr 2025 soll ein Aufrüstungspaket von zusätzlich 200 Milliarden Euro umgesetzt werden. Bereits von 2017 bis 2021 sind die

EU-Militärausgaben um 30 Prozent gestiegen. Die EU-Staaten werden bis 2025 bis zu fünfmal mehr für militärische Verteidigung ausgeben als Russland.

Statt Entwicklungspolitik wird von den Ländern des Nordens Militärpolitik in Ländern des globalen Südens gemacht. Man steckt Waffen rein und Munition und Soldaten und rüstet auf und die Kriegsmaterialienwirtschaft macht gute Geschäfte und Blut, sehr viel Blut, klebt an den Händen jener, die Waffen produzieren, die mit Waffen handeln, die Waffenexporte erlauben und jenen, die mit diesen Waffen morden und töten.

Klima-Krieg-Entwicklung: untrennbare Zusammenhänge

Längst ist uns allen bewusst, dass die Krisenphänomene, von denen ich zuvor sprach, sich wechselseitig beeinflussen, sich verstärken, sich bedingen. Es gibt große Überschneidungen zwischen Ländern, die besonders betroffen sind von den klimatischen Veränderungen und in denen zugleich kriegerische Konflikte verheerend sind. Dazu zählen die bereits genannte Sahelzone Westafrikas, aber auch die Länder um das Horn von Afrika – wie Äthiopien, Kenia, Somalia, der Sudan und Südsudan. Die extremen Wetterereignisse wie Dürren und nachfolgende Nahrungsmittelknappheit verschärfen die Konflikte. Es gibt den Teufelskreis von Hunger und bewaffneten Konflikten. Hunger wird zum Teil auch gezielt als Kriegswaffe eingesetzt, obwohl dies laut einer UN-Resolution als Kriegsverbrechen bezeichnet wird.

Von der Bundesregierung wird gegenwärtig überlegt, eine neue Sicherheitsstrategie aufzubauen. Zu erwarten ist, dass die Strategie den Fakten folgt, die gegenwärtig von den Mächtigen geschaffen werden:

Dies bedeutet zuerst Nachrüstung – wie es von Nehammer abwärts genannt wird – und dann Aufrüs-



tung. In der heutigen Tageszeitung wird im Zusammenhang mit dem „Girls Day“ und unter dem Slogan „Mission vorwärts“ dafür geworben, dass mehr junge Frauen sich dem Heer anschließen – wahrscheinlich ist dies wohl zugleich auch ein Werbeaufruf für die jungen Männer, sich eine militärische Laufbahn zu überlegen. Bekannt ist der Spruch von Klaudia Tanner geworden, die meinte, man müsse in Österreich „kriegsfähig“ werden – und damit Anleihe nahm beim deutschen Kollegen Pistorius, der von der Kriegstüchtigkeit Deutschlands sprach.

Handlungsansätze

- 1. Wenn wir hier in Österreich fast drei Planeten verbrauchen, dann ist ein erster Ansatzpunkt Konsumverzicht, den jeder und jede von uns und jeden Tag wieder – ganz im Sinne von Laudato Si – machen kann.
- 2. „System change, not climate change“. Wenn wir Frieden und Gerechtigkeit wollen, dann braucht es dringend systemische Veränderungen – auch ein Ausstieg aus einer kapitalistischen Ökonomie. Dann braucht es – auch ganz im Sinne von Laudate Deum, die politischen und ökonomischen Mächte, die sich ihrer Verantwortung für ein Überleben des Planeten bewusst werden müssen.
- 3. Es kann nicht alles bleiben wie es ist. Eine technokratische Lösung allein genügt nicht. Symbol ist das E-Auto. Nur der Motor ist anders. Die Idee vom grünen Wachstum ist zuwenig. Es braucht, wie es in Laudate Deum heißt, auch eine kulturelle Wende, es braucht die Poesie und Musik – ja, und in all dem auch die Religionen. Aus den heiligen Schriften wissen wir: Wo Göttliches im Spiel ist, kann Befreiung gelingen.
- 4. Es braucht eine Erhöhung des heimischen Entwicklungsbudgets. Laut aktuellen OECD-Zahlen zählt Österreich weiterhin zu den europä-

ischen Schlusslichtern bei Entwicklungshilfeleistungen beziehungsweise so genannter Official Development Assistance (ODA). Vom internationalen Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) dafür zur Verfügung zu stellen, ist Österreich mit nur 0,31 Prozent meilenweit entfernt.

- Es gäbe da eine aktuelle Vergleichszahl, die aufzeigt, wo die Prioritäten Österreichs aber tatsächlich liegen: Im Februar 2024, rund um den 2. Jahrestag der Invasion Russlands in der Ukraine, und als an die Bürgerkriegssituation in Wien vor 90 Jahren erinnert wurde – haben der ehemalige Infanteriesoldat und jetzige Bundeskanzler Karl Nehammer und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner stolz verkündet, dass um 1,8 Milliarden Euro 225 neue Pandur-Panzer angeschafft werden sollen. Allein für neue Radpanzer wird also im aktuellen Budget 2024 um 500 Millionen mehr ausgegeben als das staatliche Entwicklungsbudget beträgt.

Laudate Deum als Inspiration

Meinen Vortrag möchte ich abschließen mit einem Blick auf das Apostolische Schreiben Laudate Deum von Papst Franziskus und damit nochmals die Grundlinien des Gesagten zusammenfassen.

- Erstens: Papst Franziskus zeigt uns in diesem Schreiben, dass die wichtigste Aufgabe der Kirche darin liegt, für die Welt da zu sein. Gerade im Kontext der Konzentration auf die Fragen der Synodalität ist es notwendig, die andere so notwendige Blickrichtung nicht zu verlieren.
- Zweitens: Der Papst – und ich zitiere hier wörtlich – sagt: „... mit der Zeit wird mir klar, dass wir nicht genügend reagieren, während die Welt, die uns umgibt, zerbröckelt ...“. Und an anderer Stelle, an der er Verständnis für die radikalen Gruppen in der Klimaschutzbewegung signalisiert, sagt er „dass die Zukunft ihrer Kinder auf dem Spiel

steht“. Dieses apokalyptisch wirkende Statement hängt mit jenem ausführlichen Blick zusammen, den der Papst der Klimaforschung bzw. den Reporten des IPCC widmet.

- Drittens: Bereits in Laudato Si hat der Papst konkret aufgezeigt, dass es an jedem einzelnen und jeder einzelnen liegt, etwas zu tun, damit die prognostizierten Katastrophen nicht eintreten werden, damit eine Klimawende gelingen kann. In Laudate Deum allerdings richtet der Papst die Aufmerksamkeit aber bewusst auf jene, die politische und ökonomische Macht in dieser Welt haben. Er schreibt: „Ich kann jedoch nicht bestreiten, dass es notwendig ist, aufrichtig zu sein und anzuerkennen, dass die wirksamsten Lösungen nicht allein von individuellen Bemühungen, sondern vor allem von bedeutenden Entscheidungen in der nationalen und internationalen Politik kommen werden.“ (Laudate deum 69)
- Zugleich warnt Papst Franziskus aber auch vor einem ausschließlich technokratischen Paradigma als Ausweg aus den multiplen Krisen.

So möchte ich auch schließen mit einem mir so wichtigen Zitat aus Laudate Deum, Nummer 70: Der Papst schreibt dort, „dass es keine dauerhaften Veränderungen ohne kulturellen Wandel gibt, ohne eine Reifung im Lebensstil und der gesellschaftlichen Überzeugungen, und es gibt keinen kulturellen Wandel ohne einen Wandel in den Menschen.“

**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**

Klaus Heidegger ist Theologe und jahrzehntelanger Friedensaktivist und Antimilitarist.

Die ungekürzte Rede gibt es unter:
www.klaus-heidegger.at/?p=10072



Musalaha bedeutet Versöhnung

Von Andreas Paul

Im Rahmen meines Einsatzes für das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel des Weltkirchenrates (EAPPI-WCC) lernte ich Daniel und seinen Vater Salim kennen. Beeindruckt von ihrer Persönlichkeit und ihrem Konzept, möchte ich hier über meine Begegnungen mit ihnen berichten.

Salims Vater gehörte zu den rund 200 Christ:innen, die 1948 die ethnische Säuberung in Lydd überlebten und in der Stadtkirche Zuflucht finden konnten, bevor sie vertrieben wurden. Sie verloren ihr Hab und Gut, konnten aber in der Stadt bleiben und erhielten schließlich die israelische Staatsbürgerschaft. Salim erlebte in der gemischten Stadt Lydd an seiner jüdischen High School die beiden gegensätzlichen Erzählungen, die die Gesellschaft prägten. Als Christ suchte Salim Kontakt zu christlichen Gruppen aus Deutschland, die zu Besuch in die Stadt kamen. Er musste schmerzlich feststellen, dass sie weder an ihm als Christ noch an seiner Geschichte interessiert waren. Vor dem Hintergrund der Shoah ging es ihnen nur darum,

Kontakte zu Jüdinnen und Juden zu knüpfen. Später erlebte er amerikanische christliche Zionist:innen, die Israel als Pilger:innen und in Solidarität mit Jüdinnen und Juden besuchten. Sie hofften auf die baldige "Wiederkunft Christi", für die die "Rückkehr" der Jüdinnen und Juden nach Israel eine Voraussetzung war. Die Christ:innen Palästinas, darunter auch Salim, stehen diesem Vorhaben im Wege.

Diese Infragestellung seiner eigenen Identität veranlasste Salim, in den Vereinigten Staaten von Amerika kontextuelle Theologie zu studieren und zurückzukehren, um bei palästinensischen Christ:innen in Bethlehem und messianischen Juden und Jüdinnen in Jaffa zu unterrichten; er erlebte also gegensätzliche Gruppen von Christ:innen, die aufgrund des Kontextes, in dem sie lebten, völlig unterschiedliche Interessen hatten. Dies machte ihm zum ersten Mal die Grenzen der Arbeit in Dialoggruppen bewusst. Später erlebte er den interreligiösen Dialog sehr europäisch und kolonialistisch, ohne jeden Bezug zur politischen Realität und zum Konflikt in seinem Land.

Historische Analyse als Arbeitsgrundlage

Die Arbeit der Organisation beruht auf einer klaren soziologischen Analyse, die die Gründung des Staates Israel als ein siedler-kolonialistisches Projekt sieht.

Der klassische Kolonialismus europäischer Staaten war in erster Linie an den materiellen und menschlichen Ressourcen eines Landes interessiert, also an Rohstoffen aller Art und Sklave:innen als Arbeitskräfte. Typische Beispiele hierfür sind Großbritannien in Indien oder viele der heute unabhängigen afrikanischen Staaten.

Der Siedlerkolonialismus hingegen ist am Land interessiert und will Menschen aus einem anderen Land dort ansiedeln, um einen eigenen Staat zu gründen. Im Fall von Israel-Palästina war dies eine Reaktion auf die antisemitischen Pogrome in Europa. Die einheimische Bevölkerung ist dabei im Weg und wird gewaltsam assimiliert, vertrieben oder durch Erziehungsmaßnahmen eliminiert. Es besteht ein klares Herrschaftsverhältnis zwischen „zivilisierten Weißen“ und „unzivilisierten Eingeborenen“.

Musalaha ist eine 1990 gegründete NRO mit Sitz in Jerusalem, die Israelis und Palästinenser:innen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft auf der Grundlage der biblischen Prinzipien der Versöhnung ausbildet und die Versöhnung fördert.

Dr. Salim Munayer (Gründer) und sein Sohn Daniel Munayer (Geschäftsführer) stammen aus einer palästinensischen griechisch-orthodoxen Familie aus Lydd, dem heutigen Lod (Flughafen Ben Gurion).

Kontakt: HaSadna Street 4, Jerusalem, Israel; salim@musalaha.org, daniel@musalaha.org, www.musalaha.org



Salim Munayer und Maaike Machiels von Musalaha

Bildquelle: WCC-eap-pi-g-haigermoser



Letzteren wird oft auch ihre Menschlichkeit abgesprochen. Beispiele hierfür sind die USA, Australien, Namibia und bis zu einem gewissen Grad auch Israel.

Siedler:innen und Ureinwohner:innen beziehen sich auf dasselbe Land und betonen ihre Verbindung zu diesem. Das führt zu Verunsicherung bei den Siedler:innen, die mit Demütigungen beantwortet wird; Gewalt und Gegengewalt sind der bekannte Kreislauf. Das israelische Nationalstaatsgesetz von 2018 hat dies schließlich sichtbar gemacht. Arabisch ist keine Amtssprache mehr und Israel wird zum jüdischen Staat erklärt, nur für das jüdische Volk, wodurch kein Platz für das palästinensische Volk bleibt. Schon vorher gab es für die arabische Bevölkerung in vielen Bereichen keine gleichen Rechte, etwa beim Zugang zu Bildung, Infrastruktur usw. Das Nationalstaatsgesetz macht diese Ungleichbehandlung deutlich sichtbar und sichert sie ideologisch ab.

Merkmale des Siedlerkolonialismus sind:

- Vielfältige, technische und militärische Überlegenheit; physische und strukturelle Gewalt der Siedler:innen gegen die Einheimischen.
- Behauptung religiöser und rassistischer Überlegenheit, verbunden mit dem Anspruch auf „Rückkehr“ in ein Heimatland.
- Delegitimierung des Anspruchs der Einheimischen auf ihr Land. Es habe „nie Palästinenser:innen oder ein Palästina“ gegeben.
- Unterschiedlicher Zugang zu Land: Siedler:innen beanspruchen Eigentum an Land - auf westliche Weise; Beduin:innen beispielsweise sprechen nicht von Landbesitz, sondern nur von Nutzungsrechten oder Gewohnheiten, die untereinander ausgehandelt werden.

Das starke Bündnis zwischen den USA und Israel hat auch eine seiner Wurzeln in den Ähnlichkeiten ihrer

Entstehungsgeschichte durch religiöse Konzepte und Ideen wie „Pilgerväter“ oder „Gelobtes Land“. Vor diesem Hintergrund stellen sich die folgenden Fragen:

- Ist eine Versöhnung zwischen Siedler:innen und Einheimischen überhaupt möglich?
- Was bedeutet Versöhnung in diesem Zusammenhang?
- Wie kann Versöhnung angesichts der anhaltenden Unterdrückung und Besatzung gelingen?

Einige Palästinenser:innen halten das Konzept von BDS (Boycott, Desinvestition und Sanktionen) für einen geeigneten Ansatz. Sie behaupten, dass Versöhnungsbemühungen die Unterdrückung ihres Volkes „normalisieren“ und dass jede Partnerschaft die Ungerechtigkeit aufrechterhält. Die Mitglieder von Musalaha glauben, dass Sanktionen allein nicht zur Lösung des Konflikts beitragen. Wie beim südafrikanischen Modell wurden sowohl Sanktionen als auch Verhandlungen eingesetzt. Musalaha ist der Meinung, dass Sanktionen allein zu weiterer Gewalt führen können und deshalb neben anderen Maßnahmen nur zu einem kleinen Teil zum Wandel in Südafrika beigetragen haben.

Es braucht mehr als Sanktionen! Musalaha lernte ein Konzept kennen, das von Dr. Nadim Rouhana, einem palästinensischen Professor für internationale Verhandlungen in Haifa, entwickelt wurde. Versöhnung wird als Dekolonisierung innerhalb eines Rahmens für einen gerechten Übergang (Transitional Justice) verstanden. Dieser Rahmen umfasst vier Bereiche: Wahrheit, Gerechtigkeit, historische Rechenschaftspflicht und Umstrukturierung des politischen Systems, um Gerechtigkeit und Gleichheit für alle zu gewährleisten.

Die jüngsten gewaltsamen Ereignisse in Gaza zeigen deutlich, dass Israels bisheriges Konzept einer

„dominanten Antwort“, d.h. noch massivere Gewalt als Antwort auf alle Gewalt, nicht mehr funktioniert. Trotz modernster Waffentechnik und unter Inkaufnahme von über 35.000 Toten in Gaza konnte die Hamas weder militärisch noch politisch ausgelöscht werden. Als Ideologie kann sie ohnehin nicht ausgerottet werden. Was wir brauchen, ist ein neues politisches Projekt, das die Rechte aller Menschen in Bezug auf Religion und Ethnie gleichberechtigt anerkennt. Es ist mir unklar, welche Staatsform hier angestrebt wird. Vermutlich kann diese aufgrund der aktuellen Situation noch nicht klar definiert werden und wird einen längeren Prozess zur Wiederherstellung gerechter Verhältnisse erfordern.

Die üblichen Dialoggruppen führen nicht zu einer Beendigung der Besatzung, und Begriffe wie Frieden und Versöhnung werden oft missbraucht und sind oft zu Unworten geworden.

Viele Israelis denken bei Frieden und Versöhnung vor allem an „Freundschaft“ und das Kennenlernen kultureller Eigenheiten wie Essen, Tanzen, Musik und vielleicht ein paar Sprachkenntnisse. Politische Aspekte und ihre Auswirkungen werden dabei außer Acht gelassen.

Für Palästinenser:innen geht es um „Gerechtigkeit und Freiheit“.

Aufgrund dieses Unterschieds werden viele Projekte mit großer Skepsis betrachtet und als „Normalisierung“ abgelehnt, wenn unklar ist, ob sie die politische Realität verändern und ein Ende der Besatzung anstreben wollen.

Die Methode von Musalaha umfasst sechs Schritte

Das Einführungsseminar findet in der Wüste statt, im Wadi Rum in Jordanien. Die Wüste bietet einen neutralen Raum, der das Ungleichgewicht der Kräfte ausgleicht und



zu einer erfolgreicherer Begegnung beiträgt. Es ist der Ort, der sich für die Versöhnung als am effektivsten erwiesen hat. Die Wüste ist biblisch dafür bekannt, Menschen durch Prüfungen zu Heilung und Verwandlung zu führen. Die Wüste neutralisiert das Machtungleichgewicht zwischen den Menschen und stellt unsere vorgefassten Meinungen über den "Anderen" in Frage.

1. Beginn der Beziehungen (Beginning relationships): Das Treffen in einem neutralen Gebiet bedeutet den Wiederaufbau von Vertrauen und ist die Grundlage für einen konstruktiven Dialog mit der anderen Seite. Dies ist ein sehr schwieriger Schritt, denn er verlangt von den Teilnehmer:innen, dass sie aus ihrer Komfortzone heraustreten und auf die Menschen auf der „anderen“ Seite zugehen.

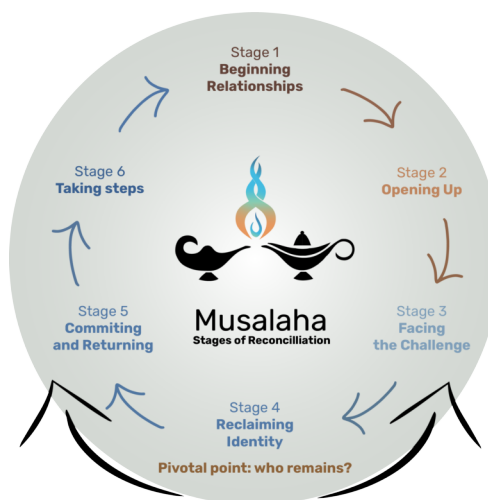
2. Sich öffnen (Opening up): Ist eine Einführung in die verschiedenen Lebensrealitäten und beinhaltet sowohl das Teilen als auch das Zuhören.

3. Sich der Herausforderung stellen (Facing the challenge): Die Probleme ernsthaft anzuerkennen und sich mit ihren Auswirkungen auseinanderzusetzen bedeutet, sich mit den Kernfragen des Konflikts zu befassen und Politiken, Systeme, rechtliche Strukturen usw. in Frage zu stellen, die Menschen unterdrücken und ein Machtungleichgewicht schaffen, das die Fähigkeit zur Versöhnung beeinträchtigt.

4. Identität zurückgewinnen (Reclaiming Identity): Dadurch wird die eigene Identität wiederhergestellt und die unterschiedlichen Narrative und Geschichten anerkannt. Bei vielen Versöhnungsversuchen wird die Bedeutung der Religion für die Identitätsbildung vergessen. Die Arbeit an einem neuen gemeinsamen Narrativ, das den Bedürfnissen beider Völker gerecht wird, ist ein sehr schwieriger Schritt. Solange dies

nicht erreicht ist, sind keine weiteren Schritte möglich. Diese Phase der Auseinandersetzung mit der eigenen Identität anstelle der Herausforderungen wird oft mit Rückzug beantwortet.

5. Sich verpflichten und zurückkehren (Committing and return): Die freiwillige Selbstverpflichtung sorgt dafür, dass nach der Rückkehr in den Alltag die notwendigen Schritte zur Veränderung unternommen werden. Das Engagement für die Reise und den Prozess mit der anderen Gruppe während des gesamten Prozesses der Rückgewinnung/Neugestaltung der Identität/der Vorstellung einer gemeinsamen Erzählung oder eines Weges nach vorn.



6. Schritte unternehmen (Taking steps): Aktive Schritte zur Beendigung der Besetzung durch gemeinsamen Widerstand und eine versöhnte Haltung. Versöhnung bedeutet nicht nur die Wiederherstellung von Beziehungen, sondern auch die Wiederherstellung von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit allein kann zu Rache führen. Deshalb ist es von größter Bedeutung, dass wir uns mit dem Unrecht auseinandersetzen, das die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Beziehungen ist. Vergebung bedeutet nicht, Ungerechtigkeit zu akzeptieren.

Eine bloße Koexistenz würde die Besetzung nicht beenden. Nur ein Ende der Besetzung kann die Gerechtigkeit wiederherstellen.

Der Kampf muss sich gegen direkte und strukturelle Gewalt richten. Bei direkter Gewalt können Täter:innen und Opfer eindeutig identifiziert werden. Bei der strukturellen Gewalt sind die Opfer klar, die Täter:innen aber oft weniger. Deshalb ist es auch schwieriger, sie sichtbar zu machen.

Bei diesem Kampf geht es um mehr als um Zusammenleben („Co-Existence“). Gemeinsamer Widerstand („Co-Resistance“) und Versöhnung bedeutet, dass wir uns gemeinsam gegen die Erzählung der Siedler:innen wehren, indem wir gemeinsam einen Rahmen für Gerechtigkeit und eine alternative Erzählung schaffen, die den Bedürfnissen beider Völker gerecht wird.

Versöhnung bedeutet, die eigene Identität wiederherzustellen und sich nicht in die Identitätserzählung der Siedler:innen einzufügen.

Gemeinsamer Widerstand erfordert politisches und soziales Engagement an der Basis, an dem auch Frauen und Jugendliche beteiligt sind. Es geht darum, dem kolonialen Projekt der Siedler:innen kollektiv entgegenzutreten und es herauszufordern.

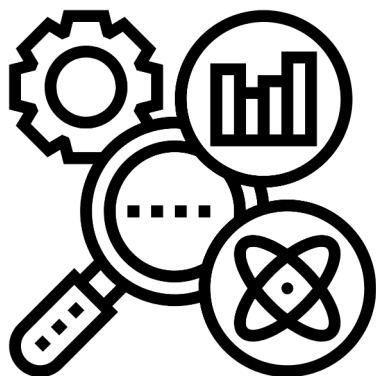
Die Grundhaltung für diesen Kampf wird in Psalm 85 mit seiner Verbindung von Gerechtigkeit und Frieden treffend ausgedrückt: „Barmherzigkeit und Wahrheit begegnen einander; Gerechtigkeit und Frieden küssen sich.“

Andreas Paul ist Mitglied im Vorstand des Versöhnungsbundes und war im Frühling 2024 als ‚Ecumenical Accompanier‘ in Bethlehem im Einsatz



Forschungsförderung für zivil-militärischen Dual-use droht in Europa

Von Wolfgang Liebert



Die Europäische Kommission und die deutsche Bundesregierung machen Druck, zivil-militärisch verzahnte Forschung (Dual-use) ins Zentrum neuer Forschungsförderprogramme zu stellen. Wie kann man das verstehen? Ist das Ausdruck der sogenannten „Zeitenwende“ oder Fortschreibung von etablierten Konzeptionen? Welche ethische und politische Problematik ist damit verbunden?

Das Wort dual-use wird vielen vertraut sein durch die seit den 1970er Jahren etablierte Exportkontrolle von sogenannten Dual-use-Gütern durch Lieferländer in entsprechenden Technologiebereichen mit Relevanz für den möglichen Aufbau von Massenvernichtungswaffenprogrammen. Weiters wurden seit spätestens den 2000er Jahren „Dual-use-Probleme“ im Bereich moderner biotechnologischer Forschung diskutiert (Spannungsfeld möglicher medizinischer oder pharmazeutischer Fortschritte einerseits und möglicherweise waffentauglich werdende Biotoxine andererseits). Das ist das Bild eines gefährlichen „Missbrauchs“ von Technologien

oder anwendungsorientierter Forschung „in den falschen Händen“. Diese Sichtweise ist nicht gänzlich verfehlt und die Problematik solcherart Dual-use ist relevant, aber sie ist extrem eingeschränkt, durchaus problematisch und daher dringend zu ergänzen.⁽¹⁾

Drei Arten von Dual-use in der Forschung

Aus ursprünglich militärisch dominierter Forschung und Technologie (FuT) – z.B. in den Bereichen Nukleartechnik, Luft- und Raumfahrt oder Raketen – werden durch Öffnung hin zu zivilen Anwendungen zivil-militärisch ambivalente FuT-Felder. Damit öffnet sich die Tür für dauerhaft problematische Doppelnutzungen (dual-use). Umgekehrt können zivil dominierte FuT-Felder Potenzial haben für waffenrelevante Kenntnisse und Anwendungen (z.B. Mikroelektronik, IuK-Technologie). Ein Dual-use-Risiko besteht, solange man hier nicht verschiedene Entwicklungspfade und technologisch angestrebte Spezifika zu trennen versucht. Besonders problematisch ist der bewusst geplante Dual-use in der Forschungsförderung, der in zivil-militärische Grauzonen führen soll.

Solche nationalen Dual-use Konzepte der Forschungsförderung haben Tradition – zumindest in Deutschland, den USA und Großbritannien. Ihr Gelingen setzt mindestens voraus, dass Absprachen zwischen den zivilen und militärischen Fördergeber:innen vorgenommen werden, um die Nutzung

von Potenzialen und Möglichkeiten sowie von abgestimmten Zielsetzungen zu koordinieren.

Tradition der Dual-use Konzepte

Explizite Beispiele finden sich dazu in West-Deutschland der 1980er Jahre.⁽²⁾ Die Ministerien Forschung, Wirtschaft und Verteidigung gingen beispielsweise im Bereich der Mikroelektronik und der Informationstechnologien mit gemeinsamen Programmen oder zumindest wechselseitig abgesprochenen Förderkonzepten vor. Grundsätzlich setzte man auf sogenannte Add-on-Programme des Verteidigungsressorts, die in guter Absprache mit dem Forschungsressort auf einer breiten wissenschaftlichen Basis aufsetzen sollten, wobei die militärischen Anforderungen frühzeitig mit berücksichtigt werden sollten. Damit war auch die Hoffnung verbunden, mit weniger Finanzmitteln für dezidierte Rüstungsforschung auszukommen bei gleichzeitigem Vorrang für weitgehend zivil und kommerziell nutzbare Technologie. Das hieß: Vorteile im internationalen Wettbewerb für die deutsche Wirtschaft erzielen und zugleich ein partielles Verstecken der Bemühungen in der Rüstungstechnikentwicklung vor den Augen skeptischer anderer Staaten.

Die USA (und andere) haben von diesem Beispiel gewissermaßen gelernt. Seit den letzten Jahren des Kalten Krieges und insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre wurde intensiv über Strategien des „Beyond spin-off“ aus der militäri-

(1) W.Liebert: Dual-use revisited. Die Ambivalenz von Forschung und Technik. In: Wissenschaft und Frieden, 23. Jg., 1/2005, S. 26-29 - <https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/triebfedern-der-ruestung/>

(2) W.Liebert, R.Rilling, J.Scheffran (Hg.): Die Janusköpfigkeit von Forschung und Technik. Zum Problem der zivil-militärischen Ambivalenz. Marburg: BdWi-Verlag, 1994



schen Forschung und Technologie diskutiert, auf dessen positive Wirkung für die zivile Technologieentwicklung und Wirtschaftskraft man dort lange und oftmals vergeblich hoffte.⁽³⁾ Nun wurden „spin-in“ Konzepte entwickelt und implementiert, die auf der zivil generierten Innovationskraft aufbauend militärische Fort- oder Neuentwicklungen befördern sollten.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird in Großbritannien ein massives Forschungsprogramm aufgebaut und durchgeführt, das der sogenannten „cross-fertilisation between the defense and civil sectors“ dienen soll. „Coordination and collaboration“ zwischen dem Ministry of Defense und dem Department of Trade and Industry sowie zwischen der Defense Industry und der Academia, also insbesondere den Universitäten, wird als zentral angesehen und durch entsprechende Forschungsförder-Programme vorangebracht.⁽⁴⁾ Unter Führung großer Unternehmen, die stark im Rüstungsbereich tätig sind, wurden u.a. sogenannte Defense Technology Centers gegründet, in denen sehr viele britische Universitäten involviert sind. Mehr als die Hälfte der britischen Universitäten ist grundsätzlich dabei und sie haben viele hundert Millionen Pfund in den letzten Jahren darüber lukriert.⁽⁵⁾

Ein aktuelles Beispiel der letzten Jahre: unter Leitung eines der welt-

weit führenden Rüstungskonzerne, British Aerospace Electronic Systems (BAE), arbeiten die Universitäten Sussex, Cranfield, Edinburgh und andere gemeinsam zum Thema „Lethal Autonomous Weapons Systems“, also an sogenannten „Killer Robots“. BAE und Cranfield haben gemeinsam ein Masterprogramm „Applied Artificial Intelligence“ entwickelt. Hier deutet sich bereits an, wohin Dual-use-Konzepte die Universitäten und damit auch die Studierenden drängen oder führen können.⁽⁶⁾

„Zeitenwende“ in Europa und in Deutschland?

Die Europäische Kommission arbeitet seit langen Jahren – mit ähnlichem Wording wie in Großbritannien – darauf hin, die aus ihrer Sicht lästige, aber immer noch rechtlich verbindliche Trennlinie zwischen rein ziviler EU-Forschungsförderung und durchaus zwischenzeitlich etablierten militärischen Förderprogrammen (European Defence Fund) zu überwinden.⁽⁷⁾ Dual-use ist hier das Zauberwort.⁽⁸⁾ Eine These im Hintergrund ist dabei, dass ja eh die „Trennlinien zwischen der zivilen und der militärischen Welt“ verschwimmen würden und eigentlich generell alle Forschung und Entwicklung sich „gleichermaßen für zivile und für verteidigungstechnische Anwendungen eignen“ würden.⁽⁹⁾ Diese grundsätzliche Ambivalenzthese steht jedoch in ihrer

Generalität in Frage. Sie würde aber kontrafaktisch bestätigt, wenn Dual-use-Konzeptionierungen in der Forschungsförderung erst einmal voll etabliert sind. Genau das ist das Ziel der Europäischen Kommission. Im Januar 2024 wurde von ihr ein White Paper veröffentlicht, das die Dual-use-Konzeptionierung in der Europäischen Förderpolitik konkret anstrebt.⁽¹⁰⁾ Darin werden auch Optionen vorgeschlagen, die entsprechende Veränderungen im europäischen Rechtsrahmen erforderlich machen würden. Dies war aber in den letzten Jahren (zum Glück) noch an fehlenden Mehrheiten im Europäischen Rat und Europäischen Parlament gescheitert. Aktuell sind heftige Debatten über die Pläne der Kommission ausgebrochen – auch in nationalen Forschungsförderinstitutionen.

Viele deutsche Universitäten und einige Forschungseinrichtungen hatten sich in den letzten Jahrzehnten Zivilklauseln gegeben oder sie wurden (etabliert durch alte alliierte Vorbehalte) beibehalten. Nun kommen diese im Rahmen der postulierten „Zeitenwende“ unter erheblichen Druck. Die Akademie der Technikwissenschaften und ein von Ökonomen dominiertes Gutachten für das deutsche Forschungsministerium (BMBF) schlugen vor, Zivilklauseln zu streichen und die strikte Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung aufzulösen. Im März 2024 veröffentlichte

(3) J.Alic u.a.: Beyond Spinoff. Military and Commercial Technologies in a Changing World. Boston 1992

(4) British Ministry of Defence (MoD): Defence Industrial Policy, The Ministry of Defence Policy Papers, No.5, Oct. 2002

(5) Vgl. insbesondere die Analysen von Stuart Parkinson von den Scientists for Global Responsibility UK. www.sgr.org.uk

(6) L.Rizatape: Are UK universities being drawn into developing autonomous weapons? In: Responsible Science No. 3, 2021, S.32-34; N.Edwards: UK universities and the further development of killer robots. In: Responsible Science No. 5, 2023, S.21-22

(7) European Defence Agency: A European Defence Research & Technology Strategy 2008 https://eda.europa.eu/docs/documents/edrt_strategy.pdf;

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss etc. Ein New Deal für die europäische Verteidigung. COM(2014) 387

(8) Europäische Kommission: Dual-use. Förderleitlinien für Regionen und KMU. Ref. Ares(2015)3866477

(9) Research for a Secure Europe, Report of the Group of Personalities in the field of Security Research, European Commission, March 2004. https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Analysen_KOM/KOM_2006_474_Detektionstechniken/Bericht_der_Gruppe_von_Persoenlichkeiten_vom_15-03-04.pdf

(10) European Commission: White Paper on options for enhancing support for research and development involving technologies with dual-use potential. COM(2024) 27



das BMBF ein Positionspapier, das detaillierter einen Plan zur Wiederbelebung und Vertiefung von Dual-use-Forschungsförderung und die Aushebelung von Zivilklauseln entwirft.⁽¹¹⁾

Ethische und politische Dimension von Dual-use-Konzepten

Die ethische Dimension von Dual-use-Konzepten entsteht letztlich dadurch, dass dann nicht mehr allein „schwarz“ gegen „weiß“ steht – also deklarierte Rüstungsforschung gegen (rein) zivile Forschung und Entwicklung (FuE).⁽¹²⁾ Zivil-militärische Grauzonen werden bewusst geschaffen bzw. vergrößert und damit auch gewisse neuartige finanzielle Verlockungen für Universitäten und Forschungsinstitute. Ethische Dilemmata bei Beteiligten in FuE sind durchaus vorhersehbar, können verstärkt werden, aber können auch verharmlost bzw. in zunehmendem Maße ignoriert oder irrelevant gemacht werden. Ebenso ist das „Anfixen“ des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Kontakt zu militärisch relevanten Arbeitsfeldern und militärischen Auftraggebern kritisch zu beleuchten. Die Möglichkeit der bewussten Entscheidung, an militärischer Forschung oder aber an Forschung mit sinnvollen zivilen Zwecken beteiligt zu sein, wird ausgehebelt.

Das White Paper der Kommission hat bereits deutlich gemacht, dass für Projekte mit Dual-use-Potenzial Sicherheitsmaßnahmen und Geheimhaltungsvorschriften unerlässlich sein könnten bzw. drohen. Was wird das für die Forschenden, für die Beteiligung von Personen, für internationale Kooperationen usw. bedeuten? Wird nicht einer Militarisierung und Abschottung der Wissenschaft (entgegen der europäischen Open-Science-Policy) Vor-

schub geleistet? Wird nicht die Richtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts insgesamt durch politisch inszenierte Förderung des Dual-use verändert?

Werden nicht durch die Verwischung der zivil-militärischen Grenzlinien die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle unterlaufen und eine bewusste, verantwortliche Entscheidung der Beteiligten, insbesondere der Forschenden, aber auch der zivilen Forschungsförderer erheblich erschwert? Müssten sich nicht akademische Institutionen und zivile Forschungsförderer präventiv gegen Dual-use-Konzepte positionieren, damit die Last der moralischen Entscheidung nicht tendenziell allein auf individuelle oder einzelne Forschende verlagert wird?

Bedacht werden müssen auch die Folgen von Dual-use Konzepten für Fragen von Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung gefährlicher Waffensysteme. Wir brandmarken – mit durchaus guten Gründen – Dual-use-Konzepte mit Potenzial für Massenvernichtungswaffen in Ländern wie Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea oder Iran. Aber bei uns soll Dual-use unproblematisch sein? Absehbar ist, dass Ergebnisse heutiger militärischer und Dual-use-Forschung in Widerspruch geraten werden zu den Regeln und Auflagen des humanitären Völkerrechts. Man denke beispielsweise an das jahrelange internationale Ringen um Konkretisierungen in der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW). Besonders dringlich wäre derzeit das Verbot Autonomer Waffensysteme.

Erweiterte und verstärkte Exportkontrolle und Trigger-Listen, die andere vom Zugriff auf das abhalten sollen, was wir wirtschaftlich und

waffentechnologisch starken Ländern für uns haben wollen oder in militärische Arsenale aufnehmen, wird die Probleme nicht lösen können. Es kann sogar negativ auf Europa zurückwirken.

Alternativen?

Die Alternative wäre, die traditionelle Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschungsförderung aufrecht zu erhalten. Also Divergenz statt Konvergenz – zumindest entlang konkreter ziviler bzw. militärischer Spezifikationen. Eine zivil-militärische Entflechtung könnte vielleicht bewirkt werden – auch in Forschungsgebieten, die anfällig für Dual-use sind. Das würde Technikfolgenabschätzung, Rüstungskontrollforschung und die Organisation ethischer Diskurse notwendig machen, um Forschenden, Förderorganisationen sowie Politik und Öffentlichkeit Informationen und Einschätzungen zu liefern, die entscheidungsrelevant werden können. Dann wäre es denkbar, dass man sich aus zivil-militärischen Grauzonen herausmanövrieren kann.

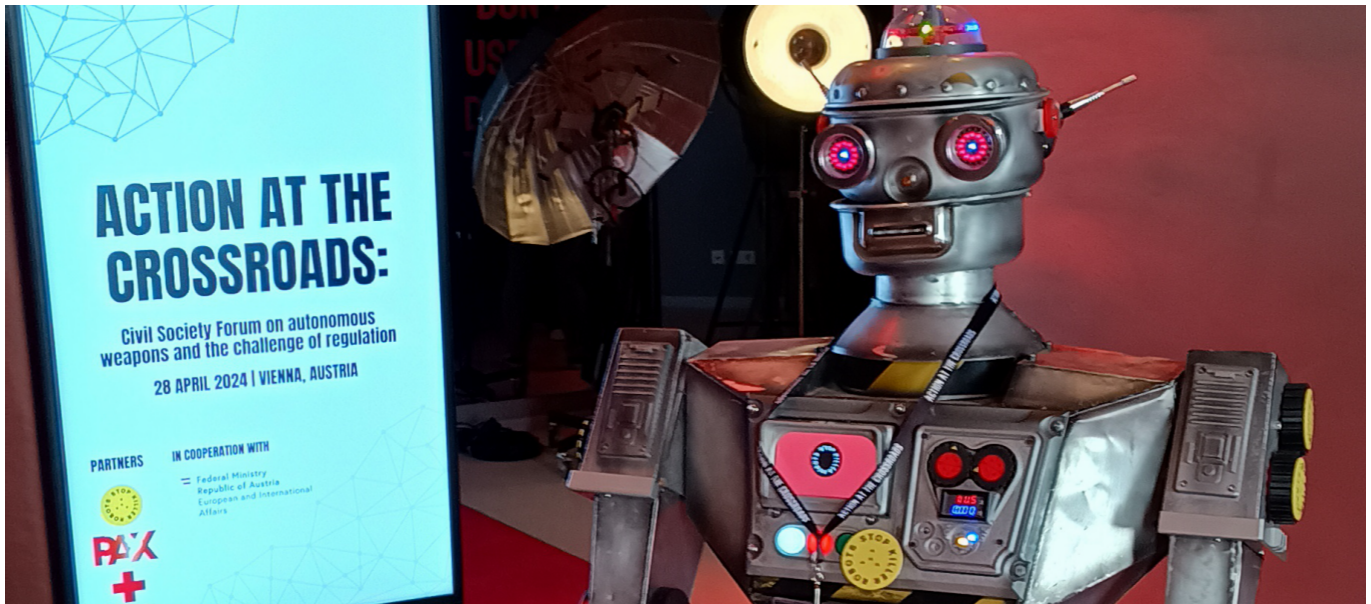
Ein Schritt, das Friedens-Projekt Europa ernst zu nehmen und wirklich weiterzuentwickeln, sollte darin bestehen, bewusst auf Versuchungen durch Dual-use-Forschungsprogramme zu verzichten.

Univ.Prof. i.R. Dipl.-Phys. Dr. phil.nat. Wolfgang Liebert arbeitet als Ruheständler am Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften (ISR) der BOKU University Wien

(11) <https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2024/positionspapier-forschungssicherheit.pdf?>

(12) W.Liebert: Dual-use-Forschung und -Technologie. In: A.Grunwald und R.Hillerbrand (Hg.): Handbuch Technikethik. Berlin: Metzler/Springer 2021, S. 289-294





Bitquelle: Fabian Hämmerle

„Humanity at the Crossroads“ Autonome Waffensysteme und ein Versuch sie zu regulieren

Von Fabian Hämmerle

Ende April fand in der Wiener Hofburg die vom österreichischen Außenministerium organisierte Konferenz „2024 Vienna Conference on Autonomous Weapon Systems“ statt. Sie ist eingebettet in einen 2017, im Rahmen der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen, begonnenen Prozess zur Etablierung internationaler Definitionen und Normen über Autonomie in Waffensystemen.

Die Zivilgesellschaft traf sich schon einen Tag davor um sich auf die Konferenz vorzubereiten. Die „Campaign to Stop Killer Robots“ organisierte hierfür im Palais Wertheim das zivilgesellschaftliche Forum „Action at the Crossroads. Civil Society Forum on Autonomous Weapons and the Challenge of Regulation“. Alles in allem war es eine sehr gelungene und informative Veranstaltung.

Die Organisator:innen legten dabei den Fokus auf vier Themenschwer-

punkte um den Teilnehmenden Autonome Waffen und Aktivismus näher zu bringen:

- „Activism through Art“ zeigte auf, wie durch Kunst öffentliches Interesse und Mobilisierung geweckt werden können. Die Ausstellung „Automated by Design“⁽¹⁾ und das Panel „Fusing Art and Activism“ veranschaulichten die Möglichkeiten, wie Kunst die Abrüstungs- und Friedensbildung beeinflussen kann.
- Der Punkt „Not the Terminator“ beschäftigte sich in Panels mit den fundamentalen Fragen, die autonome Waffensysteme aufwerfen. Was ist deren Definition? Welche Probleme stellen sich in Bezug auf deren Einsatz? Wie kann eine sinnvolle Regulierung und deren Überprüfbarkeit aussehen?
- „Digital Dehumanisation“ behandelte verschiedene Aspekte, die mit dem Einsatz von autonomen

Waffensystemen einhergehen. Zum Beispiel, welche Herausforderungen diese Systeme für die Menschenrechte und Internationales Recht bringen. Es wurden darüber hinaus auch feministische und interreligiöse Perspektiven näher beleuchtet.

- „The Human Solution“ fokussierte sich auf die bevorstehende Advocacy-Arbeit um die politischen Entscheidungsträger:innen zu überzeugen, auf verschiedenen Wegen die Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Außerdem ging es um zukünftig zu erreichende Meilensteine hin zu neuem Internationales Recht im Bereich der Autonomen Waffensysteme.

Die Panels der Hauptbühne können online nochmals angesehen werden.⁽²⁾

Das Forum ließ einen durchaus optimistisch auf die Konferenz und die

(1) <https://automatedbydesign.stopkillerrobots.org/>

(2) https://www.youtube.com/watch?v=kSm_uVaDQIA



zu spielende Rolle der Zivilgesellschaft blicken, untermauert durch die zivilgesellschaftlichen Erfolge der letzten Jahrzehnte (Ottawa-Vertrag, Atomwaffenverbotsvertrag, ...) im Bereich der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung.

In der Hofburg sprachen am nächsten Tag Vertreter:innen von Staaten, internationalen Organisationen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft in sechs Podiumsdiskussionen über die Herausforderungen, vor denen die Menschheit mit der Integration von tödlichen autonomen Waffensystemen in die militärischen Strukturen steht. Anschließend an die Podiumsdiskussionen hatten die Staaten noch die Möglichkeit Statements abzugeben.

Die Sorgen bei autonomen Waffensystemen drehen sich um rechtliche, ethische und sicherheitsrelevante Perspektiven. Eine große Herausforderung bei ihrem Einsatz liegt in der Rechenschaftspflicht und der allgemeinen Vereinbarkeit mit internationalem Recht. Ethisch wird auf die Problematik der Garantie der Würde des Menschen und die fortschreitende Dehumanisierung verwiesen. Im Bereich der Sicherheitspolitik kamen Sorgen über deren Verbreitung, auch an nicht staatliche Akteur:innen, und mögliche destabilisierende Faktoren für die internationalen Sicherheitsarchitekturen zur Sprache.

Der Vorsitzende der Konferenz, Botschafter Kmentt, hob in seinem Abschlussbericht die zentralen Punkte der Diskussionen hervor, die von Bedeutung für eine Regulierung und von Verboten autonomer Waffensysteme sind.

Rechenschaftspflicht, durch informiertes und moralisches Handeln der Entscheidungsträger:innen, ist zentral für rechtliche Systeme und diese kann nicht auf Maschinen übertragen werden, im Besonderen bei staatlicher Gewaltanwendung. Bei der rechtlichen Beurteilung be-

darf es eines umfassenden Verständnisses der Waffensysteme, sowie den Umständen und Zusammenhängen ihres Einsatzes.

Ethische Prinzipien waren Triebkraft internationalen Rechts und auf dieser Grundlage sollten auch autonome Waffen bewertet werden. Hier ist der Mensch als Ziel eine der größten Herausforderungen, besonders wenn autonome Waffen auf eine bestimmte Gruppe als Ziel programmiert sind. Dieser „bias“ kann soziale und ethnische Gruppen betreffen und in der Folge zu weiteren Marginalisierungen führen.

Unter der sicherheitspolitischen Linse stellen autonome Waffensysteme verschiedene Risiken dar. Durch die Distanz zum Einsatzort und die Dehumanisierung der Ziele sinkt das Abwenden der Risiken eines Gewalteinsetzes erheblich. Die Möglichkeit eines Vorteils durch Geschwindigkeit birgt ein Eskalationsrisiko von Konflikten, die dann zu Kriegen wachsen. Auch die Weiterverbreitung an nicht-staatliche Akteur:innen wird als erhebliches Risiko eingestuft, dem es vorzubeugen gilt.

Große Konvergenz der Teilnehmer:innen gab es bei der Frage über ein Verbot von autonomen Waffensystemen, die nicht mit internationalem Recht vereinbar sind oder deren Einsatz ethisch inakzeptabel ist. Alle anderen AWS sollen angemessen reguliert werden. Der UN-Generalsekretär sowie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, unterstützt von Staaten und anderen Akteur:innen, riefen hierbei zur Eile und hoffen auf einen Abschluss von Verhandlungen bis 2026.

Zum Schluss möchte ich hier noch kurz auf einen immer wieder ins Spiel gebrachten „Oppenheimer-Moment“ eingehen, und warum dieser Vergleich zu kurz greift.

Bei Nuklearwaffen setzte bald nach deren Entwicklung und mit den ersten öffentlichen Berichten aus Hiro-

shima und Nagasaki die Erkenntnis ein, dass sie militärisch nur eine sehr begrenzte Nützlichkeit haben und ihre Wirkung vor allem in der politischen Sphäre etablieren würden.

Dies ist bei autonomen Waffensystemen nicht der Fall, da sie von Militärs als extrem nützlich eingestuft werden. Ihre Einsatzgeschwindigkeit und ihre Einsatzdauer können dazu verleiten einen Erstschlag zu wagen. Ihr Einsatz im Krieg gegen den Terror, im Sudan, der Ukraine, im Jemen, in Myanmar, in Arzache und in vielen anderen Konfliktregionen deutet eher auf eine waffentechnologische Revolution hin, wie es das Schießpulver oder Maschinengewehre waren. Deren Einsatz mag manchen als legitim erscheinen, ihre Endkonsequenz war aber auch das industrielle Töten von Menschen. Autonome Waffen sind wesentlich leichter zu beschaffen als Nuklearwaffen und stehen damit einer größeren Anzahl an Akteur:innen zur Verfügung.

Es bleibt zu befürchten, dass bei schlecht gezogenen historischen Vergleichen die falschen Lektionen gelernt werden. Eine Falle, in die die Menschheit dieses Mal nicht tapen sollte.

Die Vermeidung von Opfern und damit die Beseitigung von Konfliktursachen muss im Mittelpunkt stehen, daher ist es auch sehr zu begrüßen, dass durchaus erfolgreich über die Regulierung von autonomen Waffen verhandelt wird.

Fabian Hämmerle hat Geschichte, Globalgeschichte und Global Studies an der Universität Wien studiert. Seit 2020 ist er Vorstandsmitglied bei ICAN Austria – Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen





Bildquelle: GEA Waldviertler, Sophie Kuttner

Jo & Pat: Von Ideen und gelebter Praxis der Versöhnung

Von Paul Bertram

Vom 18.5. – 20.5.2024 fand in Schrems ein Pfingstsymposium in den Gebäuden der GEA Schuhfabrik des Unternehmers Heini Staudinger statt. Das Thema lautete „Frieden“.

Ich möchte hier von der Begegnung Jo Berrys mit Patrick Magee, von Jo auch Pat genannt, die mich zutiefst bewegt hat, berichten.

Patrick Magee ist ein ehemaliger Kämpfer der IRA (Irish Republican Army) in Nordirland. Er legte am 12. Oktober 1984 im Grand Hotel in Brighton, England, eine Bombe, um die damalige englische Premierministerin Margaret Thatcher in die Luft zu sprengen. Der Anschlag verfehlte sein Ziel, jedoch kamen fünf Menschen dabei ums Leben. Einer von ihnen war Jo Berrys Vater, Anthony Berry, 59 Jahre alt. Er war Regierungsmitglied der Conservative Party (CP).

Jo Berry, die sich damals vor dem Anschlag mit den Lehren Gandhis beschäftigt und zwei Jahre lang in

der Himalaya-Region meditiert hatte, rang mit sich selber, denn die Gefühle wie Rache, Wut und Zorn gegenüber dem Bombenleger einerseits und die vorangegangene intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden andererseits wühlten die damals 27-Jährige auf. Sie traf zwei Tage nach dem Attentat eine Entscheidung: Sie wollte Pat treffen um ihn verstehen zu lernen.

Seit nun mehr als 20 Jahren treten die beiden öffentlich auf und halten auch Workshops in Schulen.

Das Gespräch Jo Berrys mit Pat Magee, welches am Samstag, den 18. Mai, in der bis zum letzten Platz „gerammelt“ voll besetzten Fabrikhalle der Schuhwerkstatt stattfand, wurde von der Journalistin Christa Dregger-Barthels mit folgenden Worten eröffnet:

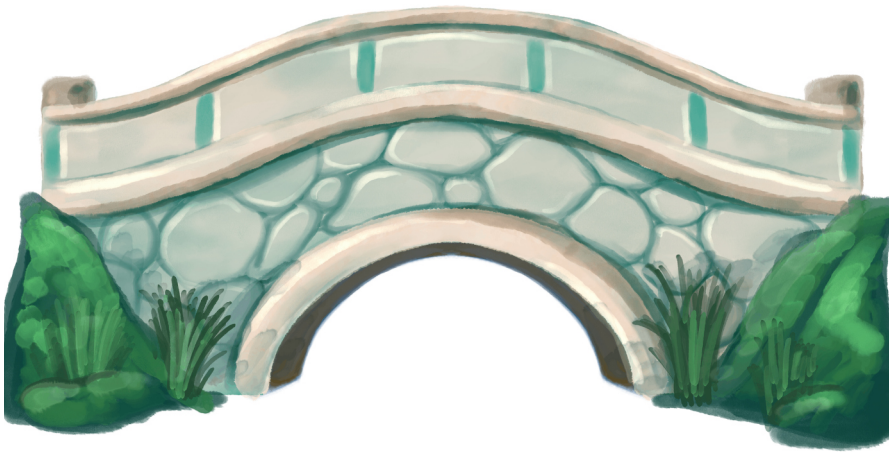
„Heute geht es ... weiter mit den beiden Gästen aus England und Irland. Wir wollen wirklich reinhören, was das denn eigentlich mit

den Menschen macht, Teil so einer Kriegssituation zu sein und so zum Täter und zum Opfer geworden zu sein? Wie kommt man da wieder als Menschen zusammen? ... Pat und Jo werden interviewt von Markus Distelberger.“

In Jo Berrys Entscheidung, jene verstehen zu wollen, die ihren Vater getötet haben, schwang auch der Wunsch mit, etwas Frieden in diese Gewalt hinein zu tragen. Das war der Beginn eines langen Weges.

Im Rahmen des Friedensprozesses (Karfreitagabkommen vom 10.4. 1998) der britischen Regierung mit der IRA kam es zur Amnestie und damit zur Freilassung Patrick Magees aus dem Gefängnis. Er war ursprünglich zu dreimal lebenslanglich verurteilt worden.

Jo Berry konnte kaum ihren Augen trauen, als sie ihn 1999 im Fernsehen erkannte, jenen Mann, der für den Tod ihres Vaters verantwortlich war. Sie verfolgte mit, wie er freigelassen wurde. Wieder fühlte sie auf



reitung stattgefunden hat. Eine Freundin hat sie angerufen: „Patrick kommt zu mir heute Abend.“ Sie dachte: „Oh mein Gott, nein, das ist zu früh, ich habe Angst. Ich habe Angst vor meinen Gefühlen, dass ich betrogen werde von diesem Gefühl der Revanche. Wie würde es sein, ihm, Pat, in die Augen zu schauen? Trotzdem habe ich gewusst, ich muss ihm in die Augen schauen, um seine Menschlichkeit zu sehen.“

Es kam zu dieser ersten Begegnung. Sie zogen sich in ein Zimmer zurück und sprachen miteinander. Patrick erklärte Jo seine politischen Beweggründe und rechtfertigte sie ihr gegenüber. Jo hatte das erwartet, dass er ihr sagen würde, die Bombe sei ein Erfolg gewesen. Ihre Gefühle pendelten zwischen „Mein Gott, ich sitze da mit dem Mörder meines Vaters, das gibt es ja nicht, ich stehe auf und gehe“, und dem tiefen Bedürfnis ihn zu verstehen, hin und her, denn er wirkte nicht wie ein Terrorist auf sie.

Als er sagte, wie sehr er sich um seine Gemeinschaft Sorgen machte und gekümmert hatte, und wie er die Menschen liebte, sah Jo in Pat vor allem einen Menschen mit einer menschlichen Geschichte.

Dann las Jo ihm ein Gedicht vor, das sie geschrieben hatte. Es hieß „Brücken können gebaut werden“. Sie schrieb es wenige Monate vor dem Treffen mit Pat. In diesem Gedicht gab es eine Zeile, die lautete: „Da stehe ich nun alleine mit dem Mann, der meinen Vater getötet hat.“

Pat war überwältigt, hörte auf zu reden und sagte, er wisse nicht mehr, wer er sei, er wäre noch nie jemandem begegnet, der ihm so offen wie sie zugehört hätte. In Jo's Augen hatte Pat seinen politischen Hut abgenommen und er fragte sogar, was er für sie tun könne. Das war der Auslöser für Jo, welche eigentlich schon gehen wollte, zu bleiben. Es entwickelte sich ein sehr emotio-

der einen Seite Zorn über die Ungerechtigkeit, dass er frei sein konnte, während ihr Vater nicht mehr ins Leben zurückkehren konnte. Auf der anderen Seite dachte sie, geht es darum, dass weniger Menschen getötet werden und es nun Zeit sei für eine Begegnung mit Pat. Sie wollte seine Geschichte hören, von ihm, der in dieser Zeit als der am stärksten dämonisierte Terrorist galt.

Auf die Nachfrage Markus Distelbergers, warum sie diese in der Gesellschaft ungewöhnliche Handlung setzte - jenseits von Rache und Hass, die häufig im Vordergrund stehen - oder woher das Bestreben kam, diese Person und was sie gemacht hat, zu verstehen, verwies Jo Berry auf ihre lange Zeit der Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden.

Von Pat wollte Markus Distelberger wissen, was ihn motiviert hatte, sich der IRA anzuschließen. Die Antwort lag in der repressiven britischen Besatzung, den vielen Attacken, denen die Bewohner:innen eines nordirischen Dorfes, in dem er lebte, ausgesetzt waren und deren kollektiver Kraft zu widerstehen. Von dieser Kraft war Pat unheimlich beeindruckt. Zunächst war er nur Zeuge, doch dann begann Pat sich zu fragen, welche Rolle er im Widerstand einnehmen könnte.

1972 trat er der IRA bei und kam alsbald 1973 ohne Gerichtsverfahren für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Dort reifte in vielen Gesprächen mit anderen Häftlingen Pats Überzeugung, dass der bewaffnete Kampf notwendig und Teil der Lösung sei. Denn auch sie hatten sich angesichts der ständigen Angriffe so hilflos gefühlt, sahen keine Möglichkeiten zu agieren und keinen anderen Weg.

„Schreckliche Sachen sind auf beiden Seiten passiert“, sagt Pat. Für ihn war es wichtig, zwischen Absicht und Resultat zu unterscheiden. Die Politik der IRA war es nicht Zivilist:innen anzugreifen, aber in der Tat ist das passiert. Zurückblickend auf diese 30 Jahre sind Dinge passiert, die eigentlich nicht geplant, nicht gewollt waren, aber sie waren ein Teil in diesem ganzen Konfliktprozess. Dass tatsächlich Zivilist:innen gestorben sind, war nie die Absicht, aber es ist geschehen.

Eine Frau aus dem Publikum lenkt mit einer Frage das Gespräch von der Auseinandersetzung der IRA mit der britischen Besatzungsmacht auf den Friedensprozess zwischen Pat und Jo, wie er begann und wie das Friedensprojekt sich entwickelt hat, das sie geschaffen haben.

Jo erinnert sich an die erste Begegnung, die nach einem Jahr Vorbe-



VERSÖHNUNG

nales, in die Tiefe gehendes, drei Stunden lang dauerndes Gespräch, in dem Pat u.a. wissen wollte, wer Jo's Vater war.

Allmählich begann Pat die Auswirkungen der Bombe auf Jo's Leben zu begreifen. Er realisierte, mit wem er da im Dialog stand. Ihm wurde klar, dass die Herzensgüte, die Intelligenz, die feine Art, die er in Jo erkennen konnte, auch mit ihrem Vater zu tun haben musste, den er getötet hatte.

Den Nordirlandkonflikt begann Pat nun anders zu betrachten. Seine Grundwerte blieben gleich, aber er verstand, dass das, was beim Feind dämonisiert wird, auch ein Teil der eigenen Seite ist.

Jo's Vater musste ein unglaublicher Mann gewesen sein, meinte Pat. Diese Wahrheit, denkt Jo, trifft auf jeden Menschen zu, der in einem Konflikt stirbt. Die Wahrheit, sagt sie, ist, dass wir alle Menschen sind mit einer Geschichte der Menschlichkeit.

In die Öffentlichkeit zu gehen war weder für Jo noch für Pat ein leichter Schritt. Wenn sie jedoch eine einzige Person erreichen würden, die die Entscheidung trifft, einen anderen Weg zu gehen, anstatt Gewalt in einem Konflikt anzuwenden, dann wäre es das wert. Denn dann würde zwar nicht die Vergangenheit, aber die Zukunft verändert werden. Bei einem ersten öffentlichen Auftritt in London hatten beide jeweils drei Minuten Zeit zu reden. Als Pat sagte, er hätte gerne mit Jo's Vater eine Tasse Tee getrunken, flossen im Publikum Tränen.

2001 wurde ein Dokumentarfilm veröffentlicht. Die öffentlichen Reaktionen in Belfast waren durchaus positiv. Menschen haben Pat angesprochen, er habe es gut gemacht. Andere meinten, er wäre zu weit gegangen.

Jedoch wurde Jo von verschiedenen Menschen angegriffen. Sie sagten, sie hätten auch jemanden, den sie geliebt haben, verloren. Jo habe sie betrogen. Jo spürte, sie müsse das ertragen, weil sie ihren Feind zu ihrem Freund machte. Das ist nicht die Norm, sondern gegen die Norm.

„Was lernen wir aus diesem Prozess?“ Diese Frage stellt Jo sich selber und gibt folgende Antwort: „Ich bin Pat dankbar, weil ich Dinge gelernt habe, die ich auf keine andere Weise hätte lernen können. Ich lerne, den Kreislauf von Gewalt und Rache zu durchbrechen, nämlich anderen die Schuld zuzuweisen und ihnen Unrecht zu geben. Ich lerne immer noch meine eigene Reaktion zu ändern. Denn das ist das Schwierigste, wenn ich verletzt bin, nicht andere dafür schlecht zu machen und den Prozess ihrer Entmenschlichung zu beginnen. Also übernehme ich die Verantwortung für jedes Gefühl, das ich habe.“

Pat meinte an dieser Stelle: „Es ist möglich trotz furchtbarer Ereignisse noch weiter zu gehen, sich zu treffen, zu sprechen, zu lernen, zu vertrauen.“

Für Jo ist die grenzenlose Empathie entscheidend, nicht nur für jene, mit denen sie übereinstimmt. Unbegrenzte Empathie gilt auch für jene, die andere Wahrheiten vertreten. In Nordirland gibt es viele unterschiedliche Wahrheiten und Jo zeigt Empathie mit jedem Weg, jeder Person und jeder Seite. Sie zieht den Schluss, dass es gar kei-

ne Seiten gibt. Wir alle kämpfen mit den Sorgen in unserem Leben, in das wir hineingeboren wurden, und versuchen die besten Entscheidungen zu treffen, die wir können. Daher kann sie Empathie empfinden und unterschiedliche Positionen verstehen. Das heißt aber nicht, dass sie negatives Verhalten entschuldigt. Wenn sie aber die Humanität im anderen sieht, will sie ihn nicht verletzen, sondern wünscht ihm das Gleiche, was sie ihrer eigenen Familie wünscht, weil es da eine Verbindung gibt.

Für Pat ist Kontakt und Dialog entscheidend. Wir wissen über die Nachrichten und Medien, was in der Welt geschieht. Auch wenn es nicht leicht ist, weil mächtige Interessen dagegen stehen, muss man weiterhin den Weg zu Kontakt und Dialog suchen.

Jo schloss mit folgenden Worten das Gespräch: „In London werde ich zum 40. Jahrestag meines Engagements für Frieden sprechen und ich möchte in einem viel größeren Rahmen diese Arbeit der Empathie, des Mitgefühls und des Verständnisses in die Welt bringen.“

Das Publikum unterbrach immer wieder die Statements von Jo und Pat mit teilweise heftigem Applaus.

Paul Bertram ist Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig

Building Bridges for Peace

Zum 40. Jahrestag der Detonation der „Brighton-Bombe“ sammelt die Initiative Spenden um die Arbeit für Frieden und Konfliktlösung zu stärken.

Mehr dazu unter:

buildingbridgesforpeace.org/40th-anniversary-of-the-brighton-bomb/



Papiere vor Panzer? – Oder: warum Texte dem Frieden dienen können

Von Thomas Nauerth

1 940 in Oberösterreich. In einem kleinen Dorf quält sich ein junger Mann mit einer schwierigen Frage. Es ist Krieg und in ihm ist die Frage erwacht, ob er da mitmachen kann bzw. soll. Es ist eine schwere Frage, die, einmal erwacht, einem das Leben sehr anstrengend macht. Es ist eine Frage, mit der er ganz alleine steht. Seine Freunde, sein Pfarrer, ja selbst sein Bischof verstehen diese Frage nicht – oder wollen sie nicht verstehen. Auf der Suche nach Antwort wäre es eine große Hilfe, hätte er Texte von Menschen zur Hand, die über solche Fragen schon länger nachgedacht haben.

1978 wiederum die Frage bei einem jungen Mann; diesmal im friedlichen Deutschland nicht die Frage nach Kriegsdienst, sondern nach der Beteiligung am Wehrdienst seines Staates. Wie Jägerstätter damals ist auch dieser junge Mann Katholik, aber er weiß nichts von Jägerstätter, jenem Mann aus Oberösterreich, und von Jägerstätters Frage und von seinen Antworten. Auch sonst weiß er nichts von all den vielen, die über diese Frage nachgedacht haben. Er muss alleine Antwort suchen.

1999, ein evangelischer Pfarrer, in die Militärseelsorge geraten, angesichts des Kosovokrieges erwacht erneut die alte Frage. Er hält sich an die Papiere seiner Kirche, nimmt sie ernst und steht alleine mit seiner Frage und Suche nach Antworten. Er bekommt einen Tipp und besorgt sich ein Buch, das seit langem vergriffen und vergessen ist. Er findet die Antworten, die er braucht, sagt der Militärseelsorge ab und wird, wie man so sagt, friedensbewegt. Er ist es bis heute.

Es gibt also Situationen, wo Papiere, wo Texte dem Frieden durchaus dienen können, zunächst dem eigenen inneren Frieden und dann indirekt auch dem äußeren Frieden, nämlich dann, wenn die Menschen, die Antworten gefunden haben auf ihre Fragen, aktiv werden und sich einmischen in den Unfrieden dieser Welt.

Die Idee ist so einfach, dass es verwunderlich ist, dass sie nicht längst schon umgesetzt ist. Eine Website als eine Art Textspeicher all jener frei verfügbaren, vergessenen Texte, die theologisch über das Problem Krieg und Frieden nachdenken. Jeder Mensch an jedem Ort kann diese Seite ansehen und sich die Texte, die er braucht und die ihm helfen, kopieren und ausdrucken. Keine mühselige Recherche, kein Warten auf Geheimtipps, kein ständiges Neuerfinden von Gedanken, die längst schon gedacht. Das Stichwort, das Codewort oder Leit-

wort dieses Textspeichers: Friedenstheologie.

Es geht bei www.friedenstheologie.de nicht nur um christliche Friedenstheologie, sondern es werden auch Ansätze jüdischer und islamischer Friedenstheologie bekannt gemacht. Es geht um das friedens-theologische Potenzial aller abrahamitischen Religionen. Texte, Links und Literatur zu Ansätzen islamischer, jüdischer und christlicher Friedenstheologie werden gesammelt und können studiert werden. Für jeden Hinweis auf weitere Texte, für jede Rückmeldung und für jede weitere Werbung bin ich sehr dankbar. Je mehr Menschen bei diesem Projekt mitdenken, um so mehr kann erreicht werden.

Thomas Nauerth ist deutscher Theologe und außerplanmäßiger Professor für Religionspädagogik am Institut für Katholische Theologie an der Uni Osnabrück.

>>> www.friedenstheologie.de <<<

”

„...wichtig, dass alle Religionen ihre ureigenen Friedensperspektiven entdecken und in das religiöse und politische Gespräch einbringen. Das gilt für das christlich-jüdische Gespräch (...) und für die christlich-islamischen Gespräche, die an vielen Orten geführt werden...”

Ferdinand Kerstiens
(Predigt im Politischen Nachtgebet am 16.3.2007)

Wer Friedenspotenziale, Friedensimpulse nutzen will, um Friedensperspektiven zu entdecken, der muss sie erst einmal kennen. Dafür gibt es seit einiger Zeit eine „Sammelstelle“: www.friedenstheologie.de

Dort sind Texte, Links und Literatur zu finden, dort können die Impulse aller drei abrahamitischen Religionen studiert werden, **dorthin bitte wichtige weitere Texte und Literatur melden!**



Aus unserer Leseliste



Susanne Jalka:
Streitkompetenz.
Über den Zusammenhang von Konflikt und Demokratie.
Mandelbaum Verlag,
Wien Berlin, 2023;
ISBN 978399136-020-9

Dieses Buch der Psychoanalytikerin, Konfliktberaterin, Autorin und Friedenskämpferin Jalka schafft es, zwei grundsätzliche Anliegen zu vereinen: die Vermittlung von Einsichten, Kompetenzen und praktischen Methoden für den Umgang mit persönlichen Konflikten und gleichzeitig die Bedeutung des Erlernens von Streitkompetenz für die Entwicklung von Demokratie, Mitbestimmung und die Überwindung althergebrachter Machtverhältnisse (wie v.a. hierarchische, patriarchale Ordnungen und Strukturen).

In Hinblick auf das erste Ziel geht es der Autorin darum, Konflikt und Streit nicht als negativ und destruktiv zu betrachten, sondern als Spannung und Energie, die konstruktiv für das Finden von Lösungen fruchtbar gemacht werden können. Dafür greift sie neben eigenen Erfahrungen auch auf altbewährte Ansätze etwa der Gewaltfreien Kommunikation (M. Rosenberg), des Inneren Monologs oder der erfolgreichen Verhandlungsführung (R. Fisher u.a.) zurück. Drei Streitregeln werden vorgestellt und erläutert:

1. Bildung eines Bewusstseins für die eigenen Bedürfnisse (durch Spüren – Fühlen – Benennen – Deuten) und Ausdruck dieser in positiven Formulierungen,
 2. Aktives Zuhören, Wahrnehmen der unterschiedlichen Positionen, Empathie, und
 3. Unterscheidung zwischen Konflikt und persönlicher Betroffenheit und Sichtwechsel. (vgl. S.11)
- Ein besonders spannender Aspekt

des Buches liegt darin, dass Jalka immer wieder die Wichtigkeit des Lernens und Einübens von „Streitkraft“ für den Aufbau einer demokratischen und partizipativen Gesellschaft hervorhebt. Dabei spielt die Selbstreflexion – nicht nur auf geistiger, sondern auch auf körperlicher und emotionaler Ebene – eine Schlüsselrolle, um eine neue, selbstbewusste Beteiligung an allen Entscheidungen zu ermöglichen. Kleine Gedankenanstöße und Übungen, ein Fallbeispiel und der Hinweis auf die „Streitkraft im Video“ erlauben erste praktische Einstiege in den Erwerb von Streitkompetenz (siehe Konfliktkultur: <https://youtu.be/Lx1FSRGRkGc>).

gelesen von Pete Hämmerle



**Hofmann, Stefan/
Fischer, Georg:**
Frieden finden. Echter
Verlag, Würzburg,
2024; ISBN 978-3-
429- 05938-5

In ihrem auf Bibel und ignatianische Spiritualität aufbauenden Buch *Frieden finden* haben die beiden Innsbrucker Jesuiten, der Moraltheologe Stefan Hofmann und der Alttestamentler Georg Fischer, wertvolle Friedens-Impulse vorgelegt, die sowohl auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als auch auf den Terroranschlag der Hamas gegen Israel mit dem dadurch ausgelösten Krieg im Gaza-Streifen eingehen. Am Beginn steht eine grundsätzliche Einführung in Friedensbegriff und Friedensforschung. Ein zweites Kapitel setzt sich mit dem biblischen Friedensverständnis auseinander. Daran schließen sich zwei Kapitel an, die sich mit der Friedensfrage anhand der Biographie des Gründers des Jesuitenordens Ignatius von Loyola und dessen Exerzitien auseinandersetzen. Das fünfte Kapitel bietet

einen Dialog der beiden Autoren über Frieden und Pazifismus und beginnt mit Kurzportraits von Jesuiten, die sich gegen Gewalt und für politischen Frieden einsetzten. Besonders interessant ist das Portrait der Brüder Berrigan, die sich gegen den Vietnamkrieg und die Atomrüstung der USA engagierten. Das abschließende Kapitel beschreibt Haltungen, die vor Unfrieden bewahren, und empfiehlt entsprechende Übungen und Gebete.

Die beiden Autoren betonen ein kämpferisches Friedensverständnis, das sich deutlich von einem bloß passiven Pazifismus abhebt. So war das Verhalten Jesu zwar durchgehend „friedliebend“, gleichzeitig konfrontierte er aber „kämpferisch“ Gegner:innen und Jünger:innen in seinen Reden. Der „Kampf“ um den Frieden bleibt auch für den vom Soldaten zum Nachfolger Jesu bekehrten Ignatius bedeutsam. Dem Buch gelingt es auch zu zeigen, dass Menschen in Gott als dem „höchsten Gut“ wahren Frieden finden können. Ähnlich wie Franz von Assisi weiß nämlich auch Ignatius, dass eine indifferente Haltung zu den Gütern dieser Welt zum Frieden führt, wie er es am Beispiel jener Menschen zeigt, die freiwillig ein Leben in Armut annehmen.

Stefan Hofmanns Distanzierung von einem radikalen Pazifismus und sein Plädoyer für die Lehre vom gerechten Krieg drängen zu kritischen Rückfragen. Natürlich bleiben die Kriterien des gerechten Krieges auch für ein Konzept des gerechten Friedens bedeutsam. Aber muss nicht Papst Franziskus zugestimmt werden, wenn er sich von der Lehre des gerechten Krieges aufgrund ihres häufigen Missbrauchs und der Zerstörungskraft moderner Waffen distanziert?

gelesen von Wolfgang Palaver,
Präsident Pax Christi Österreich



Können wir Frieden denken, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg? Was für ein Frieden wäre das? Wir stoßen an die Grenzen unseres Vorstellungsvermögens, weil wir Frieden seit vielen Generationen nur kennen als Zustand nach oder vor Gewalt. Wie wäre ein solch anderer Friede zu denken?

Susanne Jalka
in STREITKOMPETENZ.
Über den Zusammenhang
von Konflikt und Demokratie